

Siebenbürger Wochenblatt.

Mit allergnädigster Bewilligung.

No. 26

Kronstadt, 30. März

1848.

Oesterreichische Monarchie.

Siebenbürgen.

Kronstadt, 29. März. Das Patent vom 14. März wodurch S. k. k. Majestät allen Ländern seines weiten Staates die Pressfreiheit gewährt, hat auch auf die Bürger unserer Stadt den freudigsten Eindruck gemacht und den Namen des erhabenen Ferdinand I. mit Flammenschrift in ihre Herzen geschrieben. Wir und alle denkenden Bürger dieser Stadt haben das drückende der eisernen Fesseln des gestürzten Systems oft schwer empfunden, und unfre Verfassung hätte, da die Presse sie nicht bewachen durfte, sondern in die Zwangsjacke gesteckt war, gar leicht durch willkürliche Verordnungen verkümmert werden können! Es ist daher ganz erklärbar, daß die Kunde des Sieges der Freiheit, alle Herzen der gut und constitutionell gesinnten Bürger mit wunderbarer Gewalt ergriffen und zu lautem Jubel hingerissen hat. — Wie mächtig der Sinn für dieses unschätzbare Gut in den Herzen unserer Bürger geworden ist, davon liefert die warme Sympathie ein Beispiel, welche heute sich auf die Nachricht geäußert hat, daß man ohngeachtet des Kaiserwortes vom 14. März die Presse aus der Ferne zwar leichter aber doch wieder zu fesseln beabsichtigte. Wir müssen es wiederholt aussprechen, daß wir zu tief von der Unverletzlichkeit des geheiligten Staatsoberhauptes durchdrungen sind, um es auch nur durch ein einziges Wort verunglimpfen zu lassen, — daß wir zusehr die Nothwendigkeit des Friedens zwischen den verschiedenen Glaubensbekenntnissen in unserem Vaterlande empfinden, um diese Einigkeit und gegenseitige Achtung irgendwie zu stören, — daß wir endlich auch zu viel Anstands- und Pflichtgefühl besitzen, um uns an der öffentlichen Sittlichkeit auf eine freche Weise zu versündigen, — und daher auch das Vertrauen der hohen Staatsverwaltung bei Handhabung der freien Presse in Anspruch nehmen. Nie werden wir diese kostbare Freiheit in eine niedere Freiheit ausarten lassen, wohl aber sie zur Wächterin unserer Verfassungsrechte, zur Bekämpferin der Willkür und des Unrechts gebrauchen, wozu uns die besten und edelsten Kräfte des Vaterlandes in Aussicht stehen.

Vorgestern ist der bisherige Stadtprediger und

Diakonus an der evangelischen Kathedrale Kirche Hr. Johann Friedrich Philippi unter festlichem Gepränge von der Gemeinde Neustadt, die ihn zum Seelsorger gewählt hat, abgeholt und nach seinem neuen Wirkungskreise geleitet worden. Ein stattlicher Sachsenzug in der schöngekleideten Nationaltracht und die Drismusikkapelle ritt dem mit 6 Pferden bespannten Wagen in dem der neue Hr. Pfarrer und seine Gattin saßen voraus und ein langer Wagenzug worin sich die theilnehmenden Freunde befanden, folgte. Die Drismusiker erregten große Aufmerksamkeit dadurch, daß sie ihre Musikstücke ganz vortrefflich ausführten.

Am 27. d. M. Abends wurde ein rechtschaffener und äußerst biederer Stadtbeamte der k. Perceptor und Senator Hr. Wilhelm v. Brennerberg zu Grabe getragen. Erst 44 Jahre alt, geliebt von einer treuen und musterhaften Gattin, seinen 3 unmündigen Kindern und seinen Geschwistern, sowie von allen Bewohnern dieser Stadt starb der vortreffliche stille Mann am Zehrfieber. Ruhe seiner Asche.

Die beiden vaterländischen ungarischen Zeitungen Hirado und Múlt és Jelen vom 24. März tragen ebenfalls die freudige, in Aller Herzen wiederhallende Kunde obenan: daß ein neuer, schöner Morgen über dem oesterreichischen Kaiserstaate aufgegangen, indem Pressfreiheit und constitutionelles Leben für die ganze Monarchie verkündet worden sei; sie segnen den König, sie segnen den großen Tag, der all dies gebar, und wir stimmen nochmals aus vollem Herzen in den lauten Jubel ein! — Ueber die Ereignisse in Klausenburg, welche wir in unsrer frühern Nummer nur nach Privatnachrichten andeuten konnten, bringen sie der Hauptsache nach Folgendes:

Am 20. März versammelten sich, auf die Kunde der großen Ereignisse in Pesth und Preßburg, mehre der vorzüglichsten Patrioten aus allen Ständen beim Grafen Adam Bethlen, um sich über das zu berathen, was der Drang der Umstände erheische und nach kurzer Berathung wurde beschlossen: es solle am andern Tage der Magistrat und die Wahlbürgerschaft von Klausenburg eine außerordentliche Versammlung abhalten, welche über die dringenden Forderungen der Gegenwart der k. Landesregierung eine Petition einreichen, die Sitzung

übrigens in diesem außerordentlichen Falle öffentlich sein solle.

Am 21. März um 9 Uhr morgens sammelte sich eine ungeheure Volksmenge vor dem Rathhause und der Versammlungssaal der Wahlbürgerschaft war gesteckt voll. Der Obergericht Gustav Grois nahm den Vorsitz ein, gab in markigen Worten die Veranlassung dieser Versammlung bekannt und forderte sie zugleich auf, alles zu vermeiden, was auch nur im geringsten zur Störung der öffentlichen Ruhe führen könnte. Hierauf beantragte der Wahlbürger Samuel Mehes eine sogleich an die k. Landesregierung zu befördernde Petition, worin neben dem Ausdruck unverbrüchlicher Treue und Anhänglichkeit an das regierende Herrscherhaus als das sicherste Mittel zur Hintanhaltung von Volksbewegungen die Errichtung einer Bürgergarde*) anempfohlen wurde, (man ernannte zu diesem Ende auch sogleich eine Commission) ferner wurde darin die Dringlichkeit der baldigen Einberufung des Landtags sammt der den constitutionellen Fortschritt am ehesten zum gewünschten Ziele führenden Vereinigung mit Ungarn hervorgehoben, der Antrag nach kurzer Debatte angenommen, reingeschrieben und eine Deputation ernannt, um die Petition der eben versammelten k. Landesregierung einzureichen.

Unterdessen hatte sich draußen eine ungeheure Volksmenge von allen Klassen, Herrschaften, Bürger, Studenten gesammelt, welche Fahnen mit den Nationalfarben mit den Inschriften: Union! Es lebe die Union! es lebe die constitutionelle Monarchie! es lebe das erlauchte Herrscherhaus! es lebe die freie Presse! gemeinschaftliches Tragen der öffentlichen Lasten, Gleichheit vor dem Gesetz, Bürgergarde" trugen und ausriefen, und mit Absingung von Nationalgesängen die Luft erfüllten, und von den ersten Beamten an trug alles die Nationalfahne. Eine Fahne mit der Inschrift „Union“ wurde auf dem Dache des Rathhauses aufgepflanzt.

Nachdem die Petition ausgefertigt worden, trat der Magistratsrath Joseph Patafi damit auf den Balcon heraus und las sie vor, was die Versammlung unten mit lautem Jubel aufnahm; und nun trug die Deputation unter Anführung des Obergerichters dieselbe zur Landesregierung, begleitet von dem begeisterten Haufen. Se. Exc. der Landesgouverneur erklärte, nachdem er vom Obergericht die Versicherung erhalten, daß die Pe-

*) Derselbe Antrag wurde, wie wir früher schon meldeten, am 22. d. M. von unserm verehrten Obergericht gemacht, ebenfalls in einer gemeinschaftlichen Sitzung mit unrer Wahlbürgerschaft berathen und angenommen, bezüglich auch eine Commission zur schleunigen Organisation niedergesetzt. Die Commission hat ihre Arbeiten am 29. begonnen und wird binnen wenig Tagen hoffentlich ihr Geschäft vollenden; die Zeit eilt jetzt im Sturmschritt, man darf sich nicht von ihr überholen lassen. Wir hoffen, daß unsre ehrenwerthen Mitbürger wohl keines Aufruhrs bedürfen werden, sich um ihre Bürgerfahne zu schaaeren, um die innere Ruhe, die Sicherheit des Eigenthums im Augenblick einer etwaigen Gefahr zu schützen. Der Ueberf.

tion in einer gesetzlichen Versammlung verfaßt und die Ruhe durchaus nicht gestört worden sei, daß die k. Landesregierung bezüglich der Abhaltung des Landtags einschreiten, bezüglich der Bürgergarde nach Einreichung des Organisationsplanes das nöthige veranlassen, bezüglich der freien Bewegung der Presse aber Seine Exc. das mögliche thun werde*). Das Volk draußen gab jedoch keine Ruhe, bis Se. Exc. nicht von einem Fenster des Rathssaales der Landesregierung dieselben Versicherungen wiederholte, worauf Alles auseinander ging.

Abends brachte die Jugend einen großartigen Fackelzug zuerst dem Landesgouverneur, dann dem Grafen Johann Verhlen und dem Wahlbürger und emeritirten Professor Samuel Mehes.

Ungarn.

Der Pesti Hirlap vom 18. März enthält folgende Aufforderung an die Siebenbürger:

„Der ungarische Stamm darf nicht mehr ein doppeltes Vaterland haben. Es wäre ein furchtbarer Anachronismus, künftig von Siebenbürgen, als von einem Schwesterlande zu sprechen. Vergessen wir die alten Benennungen an der Pforte einer neuen Zeit, welche andre Bedürfnisse, andre Gefahren hat.

Siebenbürgen ist nicht mehr unsre Geschwister, sondern unser Ich, so wie Bihar und Szabolcs, welche eine zeitlang nicht in unsern Händen waren, und auch die Paries. Wenn Siebenbürgen auch ferner uns nur verschwifert bleiben wollte, dann könnten wir nicht so stark werden, als mit ihm vereinigt, um schnell unser constitutionelles und Nationales auszubilden; Siebenbürgen aber wäre schwach genug, um in sich zusammen zu sinken.

Die Vereinigung ist in Budapest eine Forderung der Zeit, in Klausenburg eine Lebensfrage. Das ungarische Ministerium wird seine Aufgabe begreifen und nicht säumen, über die vorläufigen Einrichtungen einen Gesetzesvorschlag unserm Reichstag vorzulegen. Auch bis dahin fordern wir unsre Brüder, die jenseits des Királyhago wohnen, auf: sie mögen sich entschieden und männlich für die Union erklären, auf ihre Brust die drei Farben Ungarns grün, weiß, roth, heften und laut rufen: vereinigen wir uns für gute und schlechte Tage! aber ihre Agitationen mögen Ordnung- und Friedensliebe bezeichnen, weil Niemand ein größerer Feind der Pressefreiheit und des Vereinigungsrechtes sein kann, als der welcher diese mächtigen Werkzeuge mißbraucht.

Brüder jenseits des Királyhago! beweiset es, daß Ihr die Ruhe mit der Freiheit emporhalten konnet.

Brüder jenseits des Királyhago, vereinigt Euch mit uns! Mögen wir in guten, in bösen Tagen eine gemeinsame Zukunft haben!“

*) Wir müssen hier bemerken, daß damals die von Sr. Majestät in diesen Beziehungen gemachten Concessionen in Klausenburg noch nicht bekannt waren. Der Ueberf.

In diesen Wunsch stimmen wir ein, die Zeiten sind urplötzlich ganz andre geworden; Ungarn beginnt auf breiten demokratisch liberalen Grundlagen eine politische Neugeburt, es strebt ein jugendlicher Phönix erstanden aus der Asche mehrhundertjähriger verknöchelter Feudalinstitutionen, mit riesigen Kräften zur höchsten Idee vom Staate hinan und wird sie, wenn auch vielleicht noch unter manchen schmerzhaften Wehen, die ihm der Uebergang in eine neue goldene Aera und der Kampf gegen schwer abzulegende Vorurtheile, so wie gegen die entseffelten Leidenschaften bereiten wird, siegreich durchzuführen; dafür bürgt die allgemeine, stürmische Begeisterung für die neu angebahnte Ordnung der Dinge. Bei einer auf solchen Grundlagen zu Stande kommenden Vereinigung kann unser Vaterland mit seinen verschiedenartigen Volksstämmen nur gewinnen, denn ein neuer frischer Lebensodem wird es durchwehen und was auf dem bisherigen langsamen Weg des Schlendrians in Jahrzehnden nicht durchgeführt werden konnte, wir dann in kurzem zum vollen kräftigen Lebensbaum erwachsen. Die Hauptbedingung müßte jedenfalls nicht eine Einverleibung, sondern eine politische Verbrüderung, die Rückkehr zum Verhältniß unter den Königen vor der Schlacht bei Mohatsch, angepaßt jedoch dem Geiste des 19. Jahrhunderts und verbunden mit Schonung der Municipien der 3 Nationen sein.

Die Pesther Zeitung vom 21. März schreibt: Der Landtag hat seine Aufgabe begriffen. Er schreitet rasch zur Erledigung der Fragen, welche keinen Aufschub erleiden. Die neuesten Köpivok (Landtagsflugblätter) bringen eine Reihe der wichtigsten Beschlüsse und Gesetzartikel. Wir theilen sie in deutscher Uebersetzung mit.

B e s c h l u ß

der Ständetafel über das Stimmrecht der Landtagsdeputirten.

Die Stände haben beschlossen:

1) Die Deputirten der Comitats, Croatiens, der königl. Freistädte, der freien Distrikte und des geistlichen Standes werden auf dem gegenwärtigen Reichstag gleiches Stimmrecht persönlich üben.

2) Die Ständetafel erklärt ihre Sitzungen für permanent, bis dahin, als jene gesetzlichen Verfügungen getroffen worden die unter den obwaltenden Verhältnissen zur Sicherung der Freiheit, der Ordnung, selbstständiger Verfassungsmäßigkeit und des Volkswohles nothwendig, bis die Aufgabe der Gesetzgebung von einem auf den Grundlagen der Volksvertretung einzuberufenden neuen Volksrepräsentantenkörper fortgeührt werden kann.

Nr. 139.

G e s e z a r t i k e l.

Von der Aufhebung des Urbariums und den dieses ergänzenden Dienstleistungen (Robot), Natural- und Geldabgaben.

Mit der Veröffentlichung dieses Gesetzes hören für ewige Zeiten auf: das Urbarium und die dasselbe er-

gänzenden, bis nun üblich gewesenen Dienstleistungen (Robot), Natural- und Geldabgaben.

1. §. Die Gesetzgebung stellt die Schadloshaltung der Privatgutsbesitzer unter das schützende Schild der Nationallehre.

2. §. Seine Majestät hat zur diesfalligen Schadloshaltung der Privatgutsbesitzer beschlossen, daß eine die bisherigen Urbarialverpflichtungen aufwiegende Abschlagssumme ohne Verzug ausbezahlt werde, zum nächsten Reichstage hat sein ungarisches Ministerium einen speciellen Gesetzentwurf zu unterbreiten.

3. §. An solchen Orten, wo bis jetzt keine Regelung des Urbariums, oder eine von vornherein beantragte Sonderung noch nicht stattgefunden, so wie im Verreß des Holzschlages und der Weide wird der bisherige Gebrauch auch ferner beibehalten.

4. §. Die Herrenstühle werden aufgehoben; — zeitweilig bis zur allgemeinen Ordnung der Gerichtspflege, werden dieselben in Civilangelegenheiten und bei summarischen Proceßverfahren dort, wo keine geordneten Gerichtsbarkeiten sind, die Stuhlrichter, — bei Criminal- und Civil-Prozessen von geregelter Lauf aber die Comitats-Gerichtsbarkeit üben.

5. §. Betreffs solcher Gutsbesitzer, an deren Besitzthum sich vor Veröffentlichung dieses Gesetzes Urbarialrechte knüpften, sollen bis zu weiteren gesetzlichen Verfügungen zu den aus Handelsbeziehungen entspringenden Zahlungen, als Wechsel oder andere Schuldverpflichtungen nicht zur Rückzahlung des Capitals, sondern nur zu der der gesetzlichen Interessen auf gerichtlichem Wege verhalten werden.

R u n c i u m

der löblichen Stände an die Magnatentafel Betreffs der Aufhebung geistlicher Zehnten.

Die Stände zeigen der Magnatentafel mit patriotischem Freudengefühl an, daß sie in der heutigen Sitzung so glücklich waren, ein Fest zu feiern, dessen Andenken in den Millionen Herzen des Volkes, so lange das Vaterland besteht nie aufhören wird in ewig dankbarer Erinnerung fortzuleben.

Um kurz zu sein: Die Vertreter des Clerus bei der Ständetafel haben im Namen ihrer geistlichen Sender dem Zehnten ohne alle Schadloshaltung auf ewige Zeiten entsagt.

Dies wird für die Magnatentafel hinreichen, um die Gefühle der löbl. Stände zu würdigen; denn von vielen Seiten ist's begreiflich, daß dies zur Sicherung des Clerus in diesen allgemeinen Bewegungen von einleuchtender Wichtigkeit ist.

Die Stände, insbesondere aber die in ihrer Mitte sitzenden Vertreter des Clerus, fordern zur Nachahmung ihres Beispiels die Magnatentafel mit herzlichem Vertrauen auf.

Nr. 140.

G e s e z a r t i k e l.

Aufhebung des geistlichen Zehnten.

Nachdem der Clerus dem geistlichen Zehnten freiwillig ohne jedweden Anspruch auf Entschädigung entsagt, fühlen sich die Stände veranlaßt, dies zum ewigen

Angedenken des dem Vaterlande dargebrachten Opfers dem Gesetze einzuverleiben und zugleich in Folge dieser Entfagung zu beschließen:

§. 1 Der geistliche Zehent, habe er nun in Naturalien oder einer Ablösungssumme statt derselben, gleichviel ob unmittelbar an den Clerus selbst oder an Pächter bezahlt werden müssen, sei er durch erbrechtlichen Vertrag oder königl. Dotation gewonnen worden, verliert somit seine Rechtsgiltigkeit für ewige Zeiten.

§. 2 Inwiefern der niedere Clerus durch die Aufhebung der Zehnten in seinem Einkommen verkürzt wird und allerdings eine Schadloshaltung beanspruchen kann, wird Se. Majestät zugleich mit Ausdehnung seiner Fürsorge auch auf den niedern Clerus anderer Confessionen durch sein ungarisches Ministerium in einem speciellen, dem Reichstage vorzulegenden Gesetzworschlage verfügen.

§. 3. In Betreff der Familien die geistliche Zehnten, sei's nun Folge von Erbverträgen oder königl. Dotation besitzen, wird Sr. Majestät durch sein ungarisches Ministerium ein ausgleichender Gesetzworschlag unterbreitet werden.

Oesterreich

Wien, 20. März. Die Stadt hat wieder ein vollkommen ruhiges Ansehen genommen (schreibt die Wiener Theaterzeitung), ein ruhigeres, als sie je zeigte; aber die Gemüther haben jene Entzündbarkeit, jene Lebhaftigkeit gewonnen, welche stets das Bewußtsein eines kostbaren Besitzes, das erwachte Ehrgefühl begleitet. Wer die Wiedererwachung einer stummen, starren Ruhe erwartet, wie sie seit Jahrhunderten geherrscht, der dürfte lange Warten, der kennt die Wirkung der Freiheit nicht. Es soll Bewegung sein, starre Friedhofsruhe gehört nicht ins Staatsleben.

Eine neue Ministerliste ist im Umlauf.

Zum Ministerpräsident wird Graf Kolowrat bezeichnet. Als:

Minister der innern Angelegenheit Baron Pilsersdorf,

Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Graf Colloredo-Wallsee,

Kriegsminister Graf Fiquelmont,

Finanzminister Baron Kübeck,

Polizeiminister Graf Deim, und zum

Präsident des Schazes Graf Stadion.

Als künftiger Gouverneur von Galizien wird Vizepräsident Krause bezeichnet. — Die Polizeihofstelle ist aufgehoben und es wird durch den Magistrat und die Wiener Bürgerschaft die Polizei als städtisches Institut neu organisiert werden. — Die Nationalgarde ist in mehrere Legionen getheilt und schon fast gänzlich organisiert. Selbst pensionirte Offiziere aus der Armee sind als Gemeine in die Nationalgarde eingetreten und unterziehen sich der Abrihtungsordnung. Wo sich Se. Majestät der Kaiser oder Ihre Majestät die Kaiserin



Hierzu eine Beilage, die jedoch für die pl. t. Postprämmeranten erst künftigen Posttag expedirt werden kann. Blätter für Geist ic. können heute keine erscheinen.

sehen lassen wird das hohe Regentenpaar mit unermesslichem Jubel begrüßt. — Die Nationalgarde und die Studierenden sind mit einer vortrefflichen Proklamation Se. Majestät des Kaisers beehrt worden, worin ihre Verdienste um die Wahrung und Aufrechthaltung der Ordnung öffentlich belobt wurde. — Die Leichenfeierlichkeit jener Auserkorenen, deren Blut den Freiheitsbrief Oesterreichs unverbrüchlich besiegelte, ist ganz ruhig und ohne alle Aufregung vorübergegangen. Den Särgen folgten die Geistlichkeit der katholischen, evangelischen und mosaischen Confessionen in brüderlichem Vereine. In dem Augenblicke, in dem man die Fesseln einer Politik gebrochen, die ihren Halt in dem Trennen, Auseinanderhalten, wechselseitigen Aufheben eines Standes, einer Klasse, einer Kirche gegen die andere suchte, fühlt man das Bedürfnis der Versöhnung, des Auseinanderfettens; möge man daran festhalten! Die ehrwürdigen Herren sprachen alle begeisterte Reden, der Decan der theologischen Fakultät, der lutherische Pastor, der israelitische Prediger; — und die Särge rollten hinab in das Grab, an dessen Rande wir uns mit stets neuer Kraft für Freiheit und Vaterlandsiebe begeistern wollen!

A u s l a n d.

Stuttgart, 11. März. Im Hohenlohe'schen scheint man förmlich am Vorabend eines Bauernkrieges zu stehen. Es werden Brand- und Drohbrieft alle Art gelegt. Das Schloß Jarthausen wurde dem Vernehmen nach mit Brandstiftung bedroht. Die Freiherrn v. Ulrichshausen mußten fliehen. Der Rentamtman von Ingelsingen mußte um seiner Sicherheit willen von seinem Posten abberufen werden. Vöshafterweise wird das Gerücht ausgestreut die Fürsten wollen nicht einmal ablösen. Der Prinz Hugo von Dehringen hat darum folgendes Publicandum erlassen: „In der gegenwärtigen ernsten Zeit und bei den Gefahren, welche unserm deutschen Vaterlande drohen, halte ich es für unabweißbare Pflicht, daß jeder Stand dem Wohle des Staates Opfer bringe, und gebe deshalb im Namen meines Durchlauchtigsten Herrn Vaters die Zusage: daß unsererseits zu einer gegenseitigen billigen Uebereinkunft gerne die Hand geboten und alles geschehen wird was auf gesetzmäßigem Wege die Befreiung des Grundes und Bodens von den darauf hastenden Lasten und die Entfernung des Wildschadens herbeiführt, wie denn auch von mir bereits Verfügungen getroffen sind die jede gegründete Klage heben werden. Andererseits lebe ich der festen Ueberzeugung, daß jeder redliche Mann willens ist unser gutes Recht und unser wohlervorbenees Eigenthum auf gleiche Weise zu achten, wie das seinige.“

Halle, 12. März. Um uns hat sich ein schweres Gewitter gelagert, welches, wenn es losbricht, unfähliches Elend über Deutschland bringen wird. Gegen 10,000 Mann preussischer Truppen sind dicht an der sächsischen Grenze aufgestellt und besonders gegen Leipzig gerichtet.

pl. t. Postprämmeranten erst künftigen Posttag expedirt werden kann.

Lombardisch-venetianisches Königreich.

Venedig, im März. Die Wirkung der Pariser Ereignisse ist im Lombardisch-venetianischen Königreiche ungeheuer, doch durchaus nicht von der Art, wie sie von manchen Seiten erwartet werden mochte; denn statt die Höheren der Bewegung zum Außersten hinzureißen, haben diese keinen geringen Schrecken vor dem republicanischen Frankreich und dem Gespenst des Communismus, das über die Alpen herüberblickt. Die Nobili suchen sich schnell wieder der Regierung zu nähern und begeben sich zu diesem Zweck in Masse zu dem Vicekönig, dem sie die Versicherung ihrer Ergebenheit darbrachten und nur die Bitte stellten, es möge den Reformwünschen des Landes Rechnung getragen werden. Der Erzherzog empfing sie höflich aber kalt und sagte, die Regierung werde billigen Erwartungen zu entsprechen wissen. Die Erwartungen der Mailänder waren auf den Sturz des Ministerium Guizot gerichtet, damit Oesterreich, durch eine kriegerische Haltung Frankreichs eingeschüchtert, nachgeben solle; da aber diese Erwartung übertröffen worden, kehren die reichen Patrioten rasch um. Zudem soll vielen Einwohnern Mailands die bereits beschlossene Verlegung der Regierung nach Verona sehr unangenehm sein, und sind die Ursachen leicht zu finden. Uebrigens ist die Frage, ob sich der Strom jetzt noch wird eindämmen lassen.

Preußen.

Berlin, 13. März, 9 Uhr Abends. Gegen 2000 Personen, darunter ein Knäuel von etwa 7 bis 800 zum niedrigsten Pöbel gehörend, hatten sich gegen Abend vor dem ersten Zelte versammelt, sie stießen Geschrei aus, pöffen, Niemand von ihnen hatte einen Stock, oder gar eine Waffe. Einzelne Gendarmen wurden mißhandelt. — Einige aus dem Haufen bestiegen das Orchestergerüst im Thiergarten vor den Zelten und hielten von da Reden. Die ganze Stadt ist auf den Beinen; die ganzen Linden Kopf an Kopf gedrängt, der Schloßplatz angefüllt. Doch hört man nirgends einen Ruf. Der ganze Pariser-Platz ist von Truppen besetzt, von Infanterie in Quarrés, von Kürassieren und Uhlanen. Eine sehr imponirende Truppenmacht ist vorhanden; man hofft, daß ihre Aufstellung die Pöbelhaufen im Thiergarten, welche die Bäume auszureißen beginnen, entmuthigen werde. Im Schloßhof sind ebenfalls große Truppenmassen postirt. Bis jetzt, 9 Uhr, hat sich nirgends etwas zugetragen, was irgendwie einen politischen Charakter trägt. Der Gendarmenmarkt ist ebenfalls mit Cavallerie besetzt.

Walachei.

Es liegen uns mehrere Briefe von verspätetem Datum aus Bukarest vor, die wegen Wichtigkeit der mitzutheilenden Ereignisse unberücksichtigt bleiben mußten. Indessen ist auch ihr Inhalt von so geringem öffentlichen Interesse, daß die Leser durch ihre Nichtveröffentlichung wenig verloren haben. — Die französische

Beilage zu No. 26 des siebenb. Wochenblatts.

Revolution, heißt es in einem derselben hat dort, ungeachtet man sich beeilte einen Lappen des verbrannten französischen Königsthrones nach B. zu schicken, wenig Sensation gemacht und noch weniger Sympathieen erweckt; am allerwenigsten aber die Republik, — denn Gleichheit vor dem Gesetz, Anerkennung der Menschenrechte und Freiheit ist das Letzte, was der Bojar will. Jeder ist gerne Despot in seinem Hause, liebt aus kindischer Eitelkeit Adel und Orden, die Bojaren der ersten Klasse sehen mit verachtender Geringschätzung auf die der zweiten Klasse, und diese wieder auf die der dritten Klasse herab. Der arme Landmann ist das Nuschhaaf Aller. Solchen Leuten, mit wenigen löblichen Ausnahmen kann eine freisinnige Regierung unmöglich willkommen sein. Sie kriechen lieber selbst um die Wollust zu haben Kriechende mit ihrem Fuß treten zu können. Nur bei einigen jungen Beamten und Studenten hat die neue französische Phase Begeisterung erweckt, die einen jungen Menschen, eines Bojaren Sohn, zu einer Apologie der französischen Revolution in einer feurigen Rede an seine Kameraden veranlaßte, deren Grundlosigkeit ihm jedoch mit schlagenden Beweisen a posteriori dargethan wurde. — Ueber den großen Censurdruck klagt wieder ein Anderer, der uns erzählt, daß alle Zeitungen, welche etwas Mißliebiges von der B. enthalten, wozu zuweilen auch unser Blatt zu gehören die Ehre hat, verbrannt werden. — Die Nachricht von den Wiener Ereignissen kam erst den 22. Abends in B. an und der Fall des Fürsten Metternichs verursachte allgemeine Erschütterung und Bestürzung. Hr. v. Kozjebue und Hr. v. Timoni hatten in Folge dessen schon um 8. Uhr des Morgens Konferenzen beim Fürsten. Die österreichischen Unterthanen sollen sich über die mit Oesterreich vorgegangene Regierungsreform ungemein freuen, und sie hoffen, daß die Veränderung der Dinge ihnen auch hier erweiterten Schutz und eine energisichere Vertretung bringen werde. — Der französische Konsul Mr. Lion hat das königl. Wappen mit dem republikanischen vertauscht, — er scheint also anerkannt, aber von wem? von der Türkei oder von Rußland? — Man fürchtet sich dort ungemein vor einer russisch-österreichischen Allianz, die aber durch die letzten Wiener Ereignisse unmöglich gemacht wurde. — Die Landstände haben die Patentsteuer für Ausübung der Gewerbe bedeutend erhöht und in Klassen von 5 bis 30 Dukaten getheilt. Wer jährlich 30 Dukaten Steuer bezahlt, genießt des glücklichen Ranges eines Sardars. Die lästige Tranksteuer ist ebenfalls bestätigt und wird auf das Volk durch die Schankwirthschaften vertheilt. Ein Eimer Wein von 10 Dka wird $\frac{1}{2}$ Piaster, ordinarer Brandtwein 1 $\frac{1}{2}$ Piaster, Spirit 3 Piaster, eine Dka Bier 4 Para zahlen.

Kossuth's Rede in der 68. Circularsitzung am jetzigen ungarischen Reichstag.

Der Repräsentationsvorschlag an Se. k. k. Majestät in Betreff der reichstäglichen Aufgaben, ein Resultat der

genannten Sitzung, haben wir bereits in unserm Satellit Nro. 22. mitgetheilt. Heute holen wir die Rede des berühmten Führers der liberalen Partei in Ungarn nach. Der erste Gegenstand in dieser Sitzung war der Antrag des Raaber Deputirten *Walogh* in Betreff der Banknoten, worauf dann *Kossuth's* Motion hinsichtlich der Sicherstellung der Landesentwicklung folgte. Wir wollen ehe wir zur *Kossuth'schen* Rede schreiten den Raaber Antrag (den wir so wie die darauf folgende Pesther Motion der *Ugramer Zeitung* entlehnen) mittheilen. „Auf die finanziellen Verwickelungen Europa's zurückblickend, beginnt der Raaber Deputirte, die die französische Revolution hervorgerufen hat, und deren Folgen für die Privatverhältnisse uns noch im frischen Angedenken sind, und ferner die Erwägung der neueren Ereignisse, die bereits auf die Finanzverhältnisse einzuwirken beginnen, hat bei meinen Sendern Besorgnisse hinsichtlich der im Umlaufe befindlichen Banknoten erweckt. Ich will mich in keine längere Erörterung dieses Gegenstandes einlassen, weil meine Committenten keine Erschütterung des Credits, sondern die Beruhigung ihrer Besorgnisse beabsichtigen, und deshalb werde ich den Antrag meiner SENDER ganz einfach in Folgendem vortragen: Es möge Sr. Majestät in einer Repräsentation gebeten werden, über den ganzen Bankzustand und besonders darüber, auf welche Art die im Umlaufe befindlichen Banknoten gedeckt sind, das Land aufklären und beruhigen zu wollen. *Kossuth* [Pest]: den Antrag des Raaber Deputirten nehme ich mit Dank an und da ich überzeugt bin, daß uns die obwaltenden außerordentlichen Umstände gebieten, uns über specielle Gegenstände zu erheben, so will ich meine Motion nur als Anlaß benützen, die I. Stände zu ersuchen, daß sie im Gefühle der unermesslichen Verantwortlichkeit des Augenblicks die Politik des Reichstages auf jene Höhe erheben mögen, welche die Zeit uns vorschreibt. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, will ich mich gegenwärtig in keine detaillirte Erörterung der Wiener Bankverhältnisse einlassen. Ich will jene verkehrte Politik nicht erörtern, derzufolge jene Einrichtung der Bank, die auf die Herausgabe eines neuen Papiergeldes abzielt, schon in ihrem Entstehen ein solcher Schritt gewesen ist, welcher mit enormen finanziellen Opfern dasjenige erkauft, was die Regierung ohne diese Opfer mit gewisserem Erfolge hätte bewirken können, schon in seinem Ursprunge die Ursache enthielt, daß sich die Monarchie aus ihren Schulden nicht nur nicht herauswinden — was besonders 1817—1825 zu bewirken sehr leicht gewesen wäre — sondern vielmehr sich die Last neuer und aber neuer Opfer aufbürden werde. Ich will mich auch in die Erörterung derjenigen Verhältnisse nicht einlassen, welche zwischen den im Umlaufe befindlichen, nicht verzinsten Banknoten und den verzinsten Staatsanleihen der Monarchie deshalb obwalten, weil die Obligationen der letztern größtentheils die Deckung der ersteren vorstellen und das Sinken im Preise dieser auch die Hypothek der ersteren verringert. Und zwar aus zwei Gründen will ich keine diesfällige Erörterung eingehen: Erstens, weil ich überzeugt bin, daß die hinsichtlich des wahren Werthes der Banknoten erwachten Besorgnisse, verbunden mit der einfachen Erklärung

des Raaber Comitats, hinreichen werde den Monarchen fühlen zu lassen, wie sehr nöthig es sei, wenn hinsichtlich einer mit den Besitzverhältnissen der Privaten so eng verwebten finanziellen Institution, wie es die Wiener Bank ist, nur die geringsten Besorgnisse im Publikum entstehen, diese alsogleich zu heben, weil sonst die Folgen unberechenbar sind. Diese Besorgnisse können aber weder durch Uebereinstimmung noch durch irgend welche vorgeschützte Verheimlichung, sondern einzig nur dadurch gehoben werden, wenn der Stand der Dinge offen und ohne Zurückhalt dem Publikum dargelegt wird. Daß dieß auch die Regierung so auffasse, entnehme ich aus dem Umstand, daß seitens der Bankdirektion mehrere ämtliche Ausweise über den Stand der Bank mehreren Deputirten heute früh mitgetheilt worden sind, welche Ausweise bis zum Werthe von 214 Millionen Gulden herausgegebenen Banknoten vollkommen gedeckt und überdieß noch einen Activwerth von 30 Millionen Gulden ausweisen. Ich will glauben, daß die Regierung die Nothwendigkeit fühlen wird, diesen beruhigenden Ausweis in ämtlicher Form dem Publikum auch offiziell mitzutheilen*), was auch in ihrem eigenen Interesse eine unabweißbare Pflicht ist, und es wäre ein sehr großer Fehler, dieß unter dem Vorwande unterlassen zu wollen, daß die Wiener Bank eine Privatunternehmung sei, über welche die Regierung zu keiner Verantwortlichkeit verpflichtet ist; denn das Publikum kennt jene Solidarität sehr gut, in welcher die Bank mit der Regierung steht und derzufolge dieses Institut hinsichtlich der Herausgabe der Banknoten nichts anderes ist, als eine in ihrer Grundlage zwar fehlerhafte aber dennoch ergänzende Institution des finanziellen Regierungssystems der Monarchie. Der zweite Grund, weshalb ich in eine tiefere Zergliederung dieser Verhältnisse nicht eingehen will, ist der, weil ich weiß, daß infolge der Börsenabsatz der Staatspapiere als Barometer des Bankzustandes betrachtet werden kann, derselbe im J. 1830 noch schlechter gestanden ist als jetzt, und ich bin im Allgemeinen überzeugt, daß sich die Wiener Bank gegenwärtig noch in keiner Gefahr befindet, die eine begründete Besorgniß verursachen könnte, wohl aber könnte sie in eine solche Gefahr dann kommen, wenn die Wiener Regierungspolitik auch ferner hartnäckig verfolgt und dadurch dem Saate, dessen Finanzen auch bei gewöhnlichen Zeitverhältnissen in fortwährendem Deficit sich befinden, täglich neue Opfer aufgebürdet werden würden, wovon ein neuer Staatsbankerott das unausbleibliche Resultat wäre. Wenn aber diese Politik radikal verändert wird, so können wir meiner Ansicht nach, was die Bank betrifft beruhigt sein und deshalb wünsche ich die Aufmerksamkeit der löbl. Stände auf jene Gesichtspunkte zu lenken, welche die Steigerung der Gefahr des öffentlichen Uebels zu verhindern geeignet sind. — Im Allgemeinen genommen ist es meine Ueberzeugung, daß, indem wir sehen, welchen Einfluß die österreichischen finanziellen Beziehungen auf unsere Geld- und Vermögensverhältnisse ausüben können, wir bei dem

*) Dieseß ist bereits auch im Siebenbürger Wochenblatt Nro. 23 und 24 geschehen. D. R.

Wünsche nach einem Bankausweis nicht stehen bleiben können, denn dieß wäre nur ein Theil, welcher die Folge des Ganzen ist; sondern wir müssen die Rechnungslage über die ungarischen Staatseinkünfte und Bedürfnisse, die Unterordnung der Staatsfinanzen unter eine constitutionelle Verwaltung, mit einem Worte: ein selbstständiges ungarisches Finanzministerium wünschen, weil sonst die über und ohne uns verfügende Macht unsere Finanzverhältnisse in endlose Verwicklungen verwirren könnte; wenn wir hingegen ein verantwortliches Finanzministerium haben werden, so werden wir auf die Erde des k. Thrones, auf die Bedürfnisse unseres Vaterlandes und auf die Erfüllung aller rechtmäßigen Pflichten bei einer rationellen Wirthschaft bedacht sein, und die Finanzverhältnisse unserer Mitbürger gegen alle gefährlichen Fluctuationen sicherstellen können. — Ueber die Bankverhältnisse will ich daher nur so viel sagen, daß es mein Glaube ist, daß zu den unvermeidlichen zwei Schritten das Nöthige schon geschehen ist, von welchen der eine darin besteht, daß das Publikum über den Zustand der Bank offiziell beruhigt werde, der zweite aber darin, daß zur Einwechslung der Banknoten in Silbermünze in allen Theilen des Landes die nöthigen Anstalten getroffen werden, und wenn hierzu noch die Richtung der Regierungspolitik vernunftgemäß abgeändert wird, so hoffe ich, daß das Vertrauen zurückkehren werde, welches wieder herzustellen im Interesse unseres eigenen Säckels liegt, was aber auch das Interesse der Dynastie unumgänglich erfordert. Und deshalb werde ich nun auf die Zergliederung der Ursachen der Uebel und auf die Bezeichnung der Abhilfsmittel lenken. — Als ich beim Beginn dieses Reichstages die Antwortadresse beantragte: hielt ich es für meine Pflicht, in eine Erörterung des Zustandes, in welchem sich unser Vaterland befindet, einzugehen und zwar sowohl in Hinsicht unserer innern Angelegenheiten, wie auch jener Beziehungen, welche in Folge der pragmatischen Sanction zwischen uns und zwischen der kaiserlich-österreichischen Monarchie bestehen. Ich hatte meine Ueberzeugung ausgesprochen, daß wir hinsichtlich der constitutionellen Zukunft unseres Vaterlandes so lange nicht vollkommen beruhigt sein können, bis nicht unsern erhabenen Monarchen auch in allen seinen übrigen Herrscher-Beziehungen constitutionelle Regierungsformen umgeben werden. Ich sprach meine Ueberzeugung aus, daß ich auch in Bezug auf die von der Nation erwarteten Reformen unser Vaterland hinsichtlich dessen, ob die Richtung dieser Reformen eine constitutionelle und das Resultat derselben der Nationalfreiheit günstig sein werde, so lange nicht gesichert sehn, so lange das Regierungssystem der mit uns unter einem Herrscher stehenden Monarchie in geradem Widerspruche mit der Constitutionalität stehen, und so lange jener Staatsrath der die öffentlichen Geschäfte der Monarchie leitet und auch auf die innern Angelegenheiten unseres Vaterlandes einen zwar ungesegneten aber dennoch überwiegenden Einfluß übt, sowohl in seinen Elementen als auch in seiner Organisation und Richtung anticonstitutioneller Natur sein wird. Ich habe meine Ueberzeugung ausgesprochen, daß der zwischen uns und den verbündeten Völkern der kaiserl. Monarchie bestehende Interessenconflict ohne Beeinträchtigung unserer

Selbstständigkeit, Freiheit und Wohlfahrt nur auf der sympathischen Grundlage der gemeinschaftlichen Constitutionalität ausgeglichen werden könne. Ich warf einen schmerzlichen Blick auf den Ursprung und die Entwicklung des Wiener bureaucratistischen Regierungssystems; ich erwähnte wie es das Gebäude seiner abstumpfenden Macht auf den Trümmern der unterdrückten Freiheit unserer verbündeten Nachbarn erhoben habe und aufzählend die verderblichen Folgen dieses unglücklichen Regierungsmechanismus und einen Blick werfend in das Buch des Lebens, wo die Schicksals-Logik der Ereignisse die Revolution der Zukunft verkündet, habe ich in dem warmen Gefühle meiner wahren und treuen Anhänglichkeit an das Herrscherhaus die Prophetei ausgesprochen: daß Derjenige der zweite Begründer des Hauses Habsburg sein werde, der das Regierungssystem der Monarchie in constitutioneller Richtung reformiren und den Thron dieses erlauchten Hauses auf die Freiheit seiner treuen Völker unerschütterlich gründen wird. Seit dem diese Worte gesprochen wurden, sind auf der starken Grundlage berühmter Weisheit fest ruhende Throne zusammengestürzt und die Völker haben ihre Freiheiten zurück erhalten, deren so nahe Wiedererlangung sie vor drei Monaten kaum im Traume geahnt haben. Wir aber wälzen seit drei Monaten unermüdet den Stein des Sisyphus und zu der die Seele niederdrückenden Besorgniß gesellt sich der Schmerz der Unbeweglichkeit; mit blutendem Herzen sehe ich, daß so viele edle Kraft, so viel ausdauernde Fähigkeit sich an einer undankbaren Arbeit abmüht, die den Qualen der Treitmühle gleicht.

(Schluß folgt.)

Licitationsankündigung.

Vom Kronstädter priv. Versammler wird hiermit bekannt gemacht, daß die in den Monaten Januar und Februar des verflossenen Jahres 1847 verpfändeten und bis zum 12. April l. J. nicht ausgelöst oder umgesetzten Pfänder, bestehend in Pretiosen, Silberzeug, Kleidungsstücken und verschiedenen andern Gegenständen; ferner die in den Monaten September, October, November und December des vorigen Jahres verpfändeten, in Pelzwaaren bestehenden Pfänder, am 12. und 13. April l. J. in den gewöhnlichen Licitationsstunden von 9 bis 12 Uhr Vormittags und von 2 bis 5 Uhr Nachmittags, durch öffentliche Versteigerung an den Meistbietenden verkauft werden sollen.

Der Ausrufspreis ist in Conventionsmünze und der Verkauf geschieht nur gegen baare Bezahlung.

Kronstadt, den 22. März 1848.

Gefertigte zeigt einem geehrten Publikum gehorsamt an, daß sie alle Gattungen von Strohhüten, so wie auch die allerfeinsten durchbrochenen Rosshaarhüte von allen nur immer möglichen Flecken reinigen, auf das schönste und billigste zu säubern sich empfiehlt.

Wohnung: Rossmarktstraße im Obristlieutenants-Quartier, rückwärts im Hofe.

A. Louise Sellner.

Ein in der Altstädter Hintergasse unweit der wallachischen Kirche gelegener Maierhof, bestehend aus einem großen Gemüse-, Blumen- und Obstgarten, so wie auch aus mehreren Wirtschaftsgebäuden, schöne geräumige Wohnungen sowohl für den Nutznießer als auch für den Gärtner ist auf ein oder mehrere Jahre in Pacht zu geben, auch sind mehrere Klafter gutes Heu zu verkaufen. Das Nähere bei Hrn. Joh. Gött zu erfragen.

Joseph Biegler,

bürgerl. Zeugschmiedmeister, gibt sich die Ehre dem verehrten Publikum die ergebenste Anzeige zu machen, daß er seinen bisherigen Wohnort, Klausenburg, wo er durch 16 Jahre sein Geschäft zur Zufriedenheit der dortigen Publikums ausgeübt, nun in seine Vaterstadt Kronstadt verlegt habe. Er empfiehlt sich mit allen Arten Zeugschmiedarbeiten und wird sich durch billige und prompte Bedienung und solide Arbeit das Zutrauen des verehrten Publikums zu erwerben suchen. Er bittet um geneigte Bestellungen. Wohnt auf dem Rossmarkt im Rußbäckerischen Hause No. 30.

Zu leihen werden gesucht

Geldposten von 1000 fl. bis 5000 fl. C.M. gegen ganz sichere Hypothek und zu 6 Procent. Von wem erfährt man bei Johann Gött.

Ein noch in gutem Stande be-

findlicher Glaswagen ist um billigen Preis zu verkaufen. Johann Gött gibt die nähere Adresse an.

K u n d m a c h u n g.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das in Hermannstadt in der Reispergasse nahe am großen Ring unter Zahl 391 befindliche Graf Telekische Haus vom 24. April d. J. angefangen zu einem

Einkehr- und Gasthause zur „Sonne“

genannt adoptirt wurde. Die Zimmer in demselben sind auf das bequemste und geschmackvollste eingerichtet und der betreffende Gastgeber wird nicht bloß durch gute Speisen und Getränke, sondern auch durch die billigsten Preise und prompte Bedienung sich die Zufriedenheit der verehrten Gäste erwerben. Er bietet sonach um einen erfreulichen und frequenten Besuch des Herrn Reisenden. Hermannstadt, am 20. März 1848.

Z u r N a c h r i c h t.

Auf das zweite Quartal für die Monate April bis Ende Juni wird auf das

Siebenbürger Wochenblatt

und seine Beiläuter Pränumeration angenommen. Mit freier Postzusendung ist der Preis für dieses Quartal 1 fl. 54 kr. und ohne Postzusendung 1 fl. 30 kr. C.M. Kronstadt, am 30. März 1848.

Die Redaktion.

Anzeige.

Unterfertigte hat die Ehre einem Hochgeehrten Publikum die ergebenste Anzeige zu machen, daß sie alte Herren und Damen Strohhüte auf die schönste Art putzt, um einen billigen Preis, so daß sie einem Neuen gleichen würden. Hat ihr Local in der mittlern Purgengasse im Hause der Frau Sara Gräff, verwitwete Kupferschiedmeister, im ersten Stock über dem Thorgang. Empfiehlt sich

Dero ergebenste
Elise Krauß.

Im Hause, auf dem Fischmarkt No. 401, der verwitweten Frau Barbara Bömches zugehörig, sind die vordere mittlere Wohngelegenheit, die vordere Schenkgelegenheit, welche auch zu einem Handlungsgewölbe benützt werden kann, sammt 2 Waarenmagazinen auf 2 folgende Jahre zu vermieten. Näheres ist auf dem Obstmarkt No. 87 bei P. Giesel zu erfragen.

Amortisationsbedict.

Vermöge welchem zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, daß dem Johann Salmen aus Brenndorf eine auf den Namen Gabriel Stamm ebendaher im Jahre 1832 ausgestellte Obligation über ein Darlehen von 410 fl. W. W. — vorgeblich noch vor 10 Jahren durch Diebstahl in Verlust gerathen sein soll. — Es wird demnach der dormalige Besitzer dieses Schuldscheines aufgefordert: sich damit binnen 3 Monaten um so sicherer beim Stadt- und Distriktsgerichte zu melden, als nach Verlauf dieser Frist das gedachte Obligationarium für null und nichtig erklärt werden wird.

Kronstadt, am 25. Febr. 1848.

Das Stadt und Distriktsgericht.